

Hauptausschuss
Protokoll Nr. HA/08/2015
Finanzausschuss
Protokoll Nr. FINA/09/2015

über die öffentliche Sitzung
des Hauptausschusses teilweise gemeinsam mit dem
Finanzausschuss (TOP 1 bis 5) am 05.10.2015,
Ahrensburg, Rettungszentrum, Am Weinberg 2

Beginn gemeinsame Sitzung	:	19:30 Uhr
Ende gemeinsame Sitzung	:	20:20 Uhr
Beginn öffentlicher Teil HA	:	20:20 Uhr
Beginn nicht öffentlicher Teil	:	21:05 Uhr
Ende der Sitzung	:	21:25 Uhr

Anwesend

Hauptausschuss

Vorsitz

Herr Hinrich Schmick

Stadtverordnete

Herr Claas-Christian Dähnhardt	i. V. f. Herrn Hansen
Herr Tobias Koch	
Herr Detlef Levenhagen	
Herr Hartmut Möller	i. V. f. Herrn Eckert
Herr Jochen Proske	
Herr Christian Schubbert-von Hobe	
Herr Michael Stukenberg	i. V. f. Herrn Bellizzi
Herr Roland Wilde	i. V. f. Frau Brandt

Finanzausschuss

Vorsitz

Herr Christian Conring	bis TOP 5
------------------------	-----------

Stadtverordnete

Herr Peter Egan	bis TOP 5
Herr Horst Marzi	i. V. f. Frau Löwer, bis TOP 5
Herr Bela Randschau	i. V. f. Herrn Reuber, bis TOP 5
Herr Olaf Waskow	bis TOP 5
Herr Dirk Langbehn	bis TOP 5

Bürgerliche Mitglieder

Herr Dr. Bernd Buchholz
Herr Rolf Griesenberg
Frau Sybille Ott

bis TOP 5
bis TOP 5
bis TOP 5

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Yannick Klix

Herr Angelius Krause

Kinder- und Jugendbeirat,
bis TOP 5
Behindertenbeirat, bis TOP 5

Sonstige, Gäste

Herr Mertens
Frau Elvira Lening

Wirtschaftsprüfer GPP bis TOP 5
Mitarbeiterin der Fa. Petersen +
Co. GmbH, bis TOP 5,

Verwaltung

Herr Michael Sarach
Herr Horst Kienel
Herr Thomas Reich
Frau Meike Niemann
Frau Angela Haase

bis TOP 5, ab TOP 6 FA

Herr Peter Röckendorf
Herr Mathias Schuster
Herr Martin Fornoff
Frau Birgit Reuter

bis TOP 5, ab TOP 6 FA
Protokollführerin
bis TOP 5
Personalrat
Referendar
Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete Hauptausschuss

Herr Thomas Bellizzi
Frau Doris Brandt
Herr Jürgen Eckert
Herr Jörg Hansen

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete Finanzausschuss

Frau Monja Löwer
Herr Achim Reuber

Den Vorsitz des gemeinsamen Sitzungsteils (TOP 1 bis 5) übernimmt der Vorsitzende des Finanzausschusses Herr Conring.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit beider Ausschüsse
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung der gemeinsamen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
5. Jahresabschluss 2012 der Stadt Ahrensburg und Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes **2015/104**
6. Festsetzung der Tagesordnung des Hauptausschusses
7. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 07/2015 vom 14.09.2015
8. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 8.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 8.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 8.2.1. Partnerschaftstreffen 02.10. bis 04.10.2015 in Ludwigslust
 - 8.2.2. Ausstellung "25 Jahre Wiedervereinigung" im Rathaus
 - 8.2.3. Städtepartnerschaft
 - 8.2.4. Papierlose Gremienarbeit
 - 8.2.5. Kleidergeldpauschale an Standesbeamte
9. Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung am 12. Oktober 2015
10. Erlass der 2. Nachtragshaushaltssatzung 2015 - Beschlussfassung über den 2. Nachtragsstellenplan 2015 - **2015/126**
11. Erlass der II. Nachtragshaushaltssatzung 2015 **2015/121**
12. Verschiedenes
 - 12.1. Aufbau von Ludwigslust

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Hauptausschuss/Finanzausschuss

Der Vorsitzende des Finanzausschusses Herr Conring begrüßt die Anwesenden und eröffnet die gemeinsame Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit beider Ausschüsse

Hauptausschuss/Finanzausschuss

Der Vorsitzende des Finanzausschusses Herr Conring stellt die Beschlussfähigkeit beider Ausschüsse fest.

3. Einwohnerfragestunde

Hauptausschuss/Finanzausschuss

Zur Anregung des **Herrn Elmers** die Umsetzung der von ihm vorgeschlagenen Buslinienführung Reeshoop – Steinkamp – Rosenweg mit einer Erschließung des Rosenhofs und einem Einsparpotenzial von jährlich 50.000 € zur Chefsache zu machen, führt Bürgermeister Sarach aus, dass der Kreis für die Grundversorgung der Buslinienführung in Ahrensburg zuständig ist. Die Stadt hat gegenüber dem Kreis keine Anweisungsbefugnis. Unabhängig hiervon befindet sich die Stadt in Verhandlungen über die Buslinienführung mit dem Kreis.

Herr Lang vom Freundeskreis Flüchtlinge begrüßt die Bereitstellung von 2 neuen Stellen zur Unterstützung der Flüchtlingshilfe. Eine Stelle sollte im Bereich der Zentralen Gebäudewirtschaft angesiedelt sein.

Auf Anfrage des **Herrn Cottel**, der Flüchtlingen, die ein Bleiberecht haben, eine Tätigkeit anbieten möchte, verweist Bürgermeister Sarach an die zuständige Bundesagentur für Arbeit.

4. Festsetzung der Tagesordnung der gemeinsamen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

Hauptausschuss/Finanzausschuss

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt der mit Einladung vom 23.09.2015 versandten gemeinsamen Tagesordnung zu.

5. Jahresabschluss 2012 der Stadt Ahrensburg und Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes

Hauptausschuss/Finanzausschuss

Die Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes Frau Niemann stellt das Ergebnis der vom RPA gemeinsam mit den Wirtschaftsprüfern durchgeführten Prüfung des Jahresabschlusses 2012 vor (**siehe Anlage**). Sie führt u. a. aus, dass der Jahresabschluss aufgrund eines während der Prüfung festgestellten Übertragungsfehlers bei der Größe veräußerter Flächen korrigiert werden musste, da in der Folge die Sonderposten um 1 Mio. € zu hoch und das Eigenkapital um 1 Mio. € zu niedrig bilanziert wurden. Weitere Prüfungshinweise konnten im Rahmen dieser Korrektur ebenfalls berücksichtigt werden. Es wird bestätigt, dass der nunmehr vorliegende Jahresabschluss ordnungsgemäß aus den Büchern entwickelt wurde und den gesetzlichen Vorschriften entspricht. Frau Niemann weist erneut hin auf bestehenden Handlungsbedarf der Verwaltung u. a. in den Bereichen Inventur, Verbesserung der Aufbau- und Ablauforganisation in der Finanzbuchhaltung und Aktualisierung der Dienstanweisungen. Sie empfiehlt, dass die Verwaltung dem für Rechnungsprüfungsangelegenheiten zuständigen Hauptausschuss eine Stellungnahme über die Umsetzung der Prüfungsempfehlungen vorlegt.

Herr Mertens, Wirtschaftsprüfer des Unternehmens Göken, Pollak, Partner (GPP), berichtet ausführlich über die wirtschaftlichen Verhältnisse sowie die Entwicklung der Haushaltssituation. Er erläutert die Vermögenslage, die Ertragslage und die positive Eigenkapitalquote mit 74,1 %.

Auf Nachfrage zu der im Anhang dargestellten Position „Verbindlichkeiten aus Kassenkrediten“ erläutert Frau Niemann, dass es sich hierbei nicht um einen Kassenkredit, sondern um einen Schwebeposten handelt: Vorgänge, die im Buchungssystem bereits erfasst sind, jedoch zum 31.12.2012 noch nicht auf den Kontoauszügen der Banken abgebildet werden und damit zum Stichtag auch keine Einzahlungen und Auszahlungen darstellen (siehe auch Seite 50 des Schlussberichtes des Rechnungsprüfungsamtes).

Ein Ausschussmitglied verweist auf Seite 28 des Schlussberichtes über die Prüfung des Jahresabschlusses 2012, in dem das RPA kritisiert, dass die Verwaltung für die Erstellung der doppelten Jahresabschlüsse in erheblichem Umfang externer Unterstützung bedurfte und dass es ein Schwerpunkt bei der Auftragserteilung sein sollte, die städtischen Mitarbeiter dahingehend zu qualifizieren, die Abschlussarbeiten eigenständig erbringen zu können. Frau Niemann erklärt, dass ein Großteil der dem Rechnungsprüfungsamt vorgelegten Unterlagen des Jahresabschlusses 2012 durch Externe erstellt worden ist. Bürgermeister Sarach verweist auf die im Hauptausschuss nicht öffentlich vorgetragenen Probleme in einem Fachdienst und erklärt, dass der Jahresabschluss 2015 ohne externe Unterstützung erstellt werden soll.

Ein Ausschussmitglied begrüßt den Jahresabschluss 2012 mit einem deutlich positiveren Ergebnis als erwartet. Der Innenminister hatte im Rahmen seiner Genehmigung zur Haushaltssatzung 2012 und Folgejahre darauf hingewiesen, dass die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt nicht mehr gegeben sei. Dieser Hinweis wäre bei Kenntnis der tatsächlichen Finanzlage wohl unterblieben. Es wird um Auskunft gebeten, wann mit den Jahresabschlüssen 2013 und 2014 zu rechnen sei.

Bürgermeister Sarach erklärt, dass der Jahresabschluss 2013 voraussichtlich in zwei Wochen und der Jahresabschluss 2014 bis Ende dieses Jahres aufgestellt sein wird.

Auf Anfrage berichtet der Wirtschaftsprüfer Herr Mertens, dass nach seiner Einschätzung die Stadt Ahrensburg – gemessen an vergleichbaren Städten – finanziell relativ gut dastehe.

Herr Mertens bestätigt, dass die Erträge in der Vergangenheit gewachsen, aber gleichzeitig die Aufwendungen im Verwaltungsbereich gestiegen sind, wobei diese im Einzelfall zu analysieren seien, wie Nachzahlung einer Pensionsrückstellung. Diese Analysen seien jedoch nicht Bestandteil der Jahresabschlussprüfung.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, Ziff. 1 des Beschlussvorschlages zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Der Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, Ziff. 1 des Beschlussvorschlages zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Der Hauptausschuss als auch der Finanzausschuss nehmen den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes zur Kenntnis.

Ende der gemeinsamen Sitzung um 20:20 Uhr

gez. Christian Conring
Vorsitzender FA

gez. Hinrich Schmick
Vorsitzender HA

gez. Birgit Reuter
Protokollführerin

6. Festsetzung der Tagesordnung des Hauptausschusses

Der Hauptausschuss stimmt der Beratung der Tagesordnungspunkte 13 „Vertragsänderung, Vorlagen-Nr. 2015/102“, 14 „Prozessführung, Vorlagen-Nr. 2015/125“ und 15 „Verschiedenes“ mit den Angelegenheiten „Erlass einer Forderung“ und „Grundstücksangelegenheiten“ in nicht öffentlicher Sitzung mit der erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Mitglieder zu.

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

Der Hauptausschuss stimmt anschließend der mit Einladung vom 23.09.2015 versandten Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

7. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 07/2015 vom 14.09.2015

Es bestehen keine Einwände gegen die Niederschrift.

8. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

8.1. Berichte gem. § 45 c GO

– *Siehe nicht öffentliche Anlage* –

8.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

8.2.1. Partnerschaftstreffen 02.10. bis 04.10.2015 in Ludwigslust

Bürgermeister Sarach berichtet über das erfolgreich durchgeführte Partnerschaftstreffen „25 Jahre Städtepartnerschaft Ludwigslust“ bzw. „25 Jahre Deutsche Einheit“.

In diesem Zusammenhang drückt man seinen Dank bei den Mitarbeiterinnen der Verwaltung als auch bei Frau Jutta Bleckmann für ihr Engagement aus.

8.2.2. Ausstellung "25 Jahre Wiedervereinigung" im Rathaus

Bürgermeister Sarach berichtet, dass die Ausstellung „25 Jahre Wiedervereinigung“ am 07.10.2015 um 19:00 Uhr im Rathaus eröffnet wird.

8.2.3. Städtepartnerschaft

In der Sitzung des Hauptausschusses am 14.09.2015 berichtete die Verwaltung, dass ein Ahrensburger Bürger eine Partnerschaft der Stadt Ahrensburg mit der Stadt Karlstad in Schweden vorschlägt. Die Mitglieder des Hauptausschusses bitten zwecks Beratung in den Fraktionen um Vertagung.

8.2.4. Papierlose Gremienarbeit

Bürgermeister Sarach erklärt, dass für die Selbstverwaltung, außer für stellvertretende Bürgerliche Mitglieder, die papierlos arbeiten möchten, wieder Tablet-PC bereitstehen. Eine entsprechende Einführung wird wieder erfolgen.

8.2.5. Kleidergeldpauschale an Standesbeamte

Bürgermeister Sarach berichtet über den Antrag der Standesbeamten auf Zahlung eines Kleidergeldzuschusses. Für die Gewährung einer Kleidergeldpauschale an Standesbeamte gibt es keine rechtliche Grundlage. Es handelt sich um eine freiwillige Leistung des Dienstherrn/Arbeitgebers, auf die kein Anspruch besteht.

Bürgermeister Sarach befürwortet die Zahlung einer Kleidergeldpauschale mit einer Summe von 200 € für einen Zeitraum von 4 bis 5 Jahren. Vergleichbare Städte würden entsprechende Kleidergeldpauschalen an Standesbeamte zahlen.

Das Rechnungsprüfungsamt hat in seiner Stellungnahme vom 24.06.2015 (**siehe Anlage**) empfohlen, von der Zahlung einer Kleidergeldpauschale an Standesbeamte Abstand zu nehmen. Gründe sind unter anderem, dass die freiwillige Zahlung nicht im Einklang mit den Hinweisen des Innenministers zur Haushaltskonsolidierung steht und für den Standesamtsbereich keine typische Berufs- oder Sicherheitsbekleidung erforderlich ist.

Die durchgeführte Umfrage bei anderen Städten wie Kiel, Neumünster, Flensburg berücksichtigt keine Mittelstadt wie Ahrensburg und ist somit nicht repräsentativ.

Da es sich um eine freiwillige Leistung handelt, kann eine entsprechende Entscheidung vom Hauptausschuss getroffen werden.

9. Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung am 12. Oktober 2015

Bürgermeister Wilde stellt die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 12.10.2015 vor.

Da Beratungsbedarf in den Fraktionen besteht, kann in dieser Sitzung des Hauptausschusses noch keine Empfehlung weder zur Nachtragshaushaltsatzung noch zum Nachtragsstellenplan abgegeben werden.

Die Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes Frau Niemann erklärt auf Nachfrage, dass der Nachtragsstellenplan Bestandteil der Nachtragshaushaltsatzung ist. Die Wirksamkeit des Nachtragsstellenplans erfordert einen Beschluss über eine Nachtragshaushaltsatzung.

Frau Niemann weist auf die Erforderlichkeit der zeitnahen Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2012 durch die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Ahrensburg hin, da der Jahresabschluss 2013 eine entsprechende Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung über den Jahresabschluss 2012 voraussetzt.

Ein Ausschussmitglied erklärt, dass der Sozialausschuss einen Tag nach der Stadtverordnetenversammlung u. a. vorsorglich mit dem Thema „Nachtragsstellenplan“ tagt. Er stellt anheim, die beiden vorgeschlagenen Stellen im Nachtragsstellenplan mit einem Sperrvermerk und einer Freigabe durch den Sozialausschuss in der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen. Dadurch werde dem Sozialausschuss u. a. die Möglichkeit eröffnet zu prüfen, inwieweit die Arbeiten durch Externe geleistet werden könnten. In diesem Zusammenhang wird auf die Zuständigkeit des Hauptausschusses zum Stellenplan verwiesen.

Von der Verwaltung wird auf die Dringlichkeit der zügigen Bereitstellung der Stellen verwiesen.

Ausschussmitglied Möller erklärt, dass der Antrag der SPD-Fraktion zur Errichtung bezahlbaren Wohnraums, AN/036/2015, auf der kommenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu behandeln sei, da dieser auf der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21.09.2015 abgesetzt worden sei.

Anmerkung der Verwaltung:

Gemäß der Niederschrift Nr. 07/2015 der STV, TOP 5, vom 21.09.2015 hat Ausschussmitglied Schmidt im Namen von Bündnis 90/Die Grünen beantragt, den TOP 18 Antrag der SPD-Fraktion zur Errichtung bezahlbaren Wohnraums, AN/036/2015, "abzusetzen, da es neue Informationen über das betroffene Grundstück gebe, über die in den Ausschüssen zunächst vor einer Entscheidung berichtet und beraten werden sollte.

*.....
Nach mehreren Wortbeiträgen wird wie folgt über den Antrag des Ausschussmitgliedes Schmidt, den Antrag der SPD-Fraktion abzusetzen, mehrheitlich zugestimmt."*

Damit ist im Sinnzusammenhang auch über die Zurückverweisung in die Ausschüsse abgestimmt worden. Bürgervorsteher Wilde wird jedoch in der kommenden Stadtverordnetenversammlung über die Aufnahme des Antrags auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung im Rahmen der Festsetzung der Tagesordnung im Wege der Dringlichkeit beschließen lassen.

**10. Erlass der 2. Nachtragshaushaltssatzung 2015
- Beschlussfassung über den 2. Nachtragsstellenplan 2015 -**

Die Verwaltung berichtet, dass vom Land bisher keine rechtsverbindliche Erklärung, ob und in welcher Höhe eine Bezuschussung der Kommunen durch das Land für die Flüchtlinge erfolgt, vorliegt. Andererseits handelt es sich bei der Aufnahme der Flüchtlinge einschließlich der Bearbeitung der Asylbewerberleistungsverfahren um eine städtische Pflichtaufgabe. Auch die Entwicklung der zugewiesenen Flüchtlinge ist nicht vorhersehbar. Prognosen gehen von bis zu 400 Flüchtlingen bis zum Ende des Jahres 2015 aus, die von der Stadt Ahrensburg zu betreuen sind. Weitere Prognosen für das Jahr 2016 gibt es bislang nicht. Auch bereits jetzt kann die Betreuung der knapp 222 Flüchtlinge mit Flüchtlingsstatus mit dem Personal im Fachdienst Soziale Hilfen nicht gewährleistet werden. Es werden vom Fachdienst Soziale Hilfen darüber hinaus die Personen betreut, die keinen Asylbewerberstatus mehr haben.

Der ehrenamtliche Verein „Freundeskreis für Flüchtlinge“ in Ahrensburg ist ebenfalls an seine Grenzen gelangt und hat deutlich gemacht, dass hauptamtliche Betreuungspersonen für die Betreuung der Flüchtlinge erforderlich sind.

Im Stellenplan 2016 wird voraussichtlich für den Fachbereich IV Zentrale Gebäudewirtschaft eine weitere Stelle beantragt werden, da die dort anfallenden Aufgaben in Bezug auf den Flüchtlingszuzug auch nicht vom Personal zu bewältigen sind.

Eine Empfehlung für die Stadtverordnetenversammlung durch den Hauptausschuss erfolgt nicht, da bisher noch keine Beratung in den Fraktionen erfolgen konnte.

11. Erlass der II. Nachtragshaushaltssatzung 2015

Auf Anfrage eines Ausschussmitgliedes über die Reduzierung der Zuweisung der Brücke Moorwanderweg auf 0 € wird berichtet, dass die Zuweisung für den Neubau der Brücke Moorwanderweg in 2016 neu zu veranschlagen ist, da der Neubau erst 2016 umgesetzt werden kann. Im Zuge der Beratung in der Stadtverordnetenversammlung zum I. Nachtrag 2015 erfolgte eine Reduzierung des Planansatzes des Baukostenanteils 2015 in Höhe von 170.000 €. Dieses diene zur Deckung der kurzfristig seinerzeit erkannten weiteren Kostensteigerung 2015 für den Neubau der 4 Holzhäuser für Flüchtlinge.

Aufgrund der Ausweisung eines Kommunalkredites in Höhe von 2 Mio. € wird nachgefragt, inwieweit diese Ermächtigung Berücksichtigung in der Nachtragssatzung findet.

Anmerkung der Verwaltung:

Es erfolgt keine Änderung. Die Notwendigkeit der Ermächtigung zur Aufnahme eines Kommunalkredits besteht unverändert. Die Liquidität neigt sich dem Ende zu. Über die Aufnahme eines Kommunalkredits – unter Beteiligung des Finanzausschusses – ist in Abhängigkeit von der Liquidität zu entscheiden. Nach dem letzten Finanzbericht vom 30.09.2015 besteht zwischen den Einnahmen in Höhe von 806 T€ und den Auszahlungen in Höhe von 5,336 Mio. € eine Deckungslücke von 4,530 Mio. €.

Ein Ausschussmitglied bittet um Auskunft, inwieweit die Erhöhung der Verpflichtungsermächtigungen genehmigungsfähig ist unter Berücksichtigung der erfolgten Begrenzung der Verpflichtungsermächtigungen auf 9 Mio. € durch den Innenminister im Haushaltsjahr 2015.

Anmerkung der Verwaltung:

Hierzu kann keine Aussage getroffen werden. Die Entscheidung trifft ausschließlich die Kommunalaufsicht.

12. Verschiedenes

12.1. Aufbau von Ludwigslust

Ein Ausschussmitglied berichtet, dass im Rahmen des 25-jährigen Jubiläums mit der Stadt Ludwigslust diese sich ausdrücklich für die sehr gute Unterstützung beim Aufbau der Ludwigsluster Verwaltung nach der Wiedervereinigung durch die Fachbereichsleiter Herrn Reich und Herrn Kienel bedankt haben.

gez. Hinrich Schmick
Vorsitzender

gez. Birgit Reuter
Protokollführerin